

Politik kann Planung nicht einfach ändern

Spanier: Vorwürfe der Nordumgehungsgegner falsch

■ **Bad Oeynhausen/Berlin** (nisi). Wolfgang Spanier, Bundestagsabgeordneter der SPD, sieht seine Aussagen über das Gespräch mit dem Nordumgehungsgegnern im Bundestag als „böse- artig entstellend wieder gegeben“. Wie berichtet, hatte der Vorsitzende der Notgemeinschaft, Klaus Rasche, geäußert, Spanier habe gesagt, er sei nicht im Thema.

„Selbstverständlich bin ich im Thema“, stellt Spanier gegenüber der NW richtig. „Ich habe lediglich gesagt, ich kann mich zu einzelnen fachlichen Dingen nicht äußern“, betonte er. „Ich kann nicht beurteilen, ob fachliche Gutachten sachlich stimmig sind. Und dazu stehe ich“, erklärte Spanier.

Ansonsten sei die Atmosphäre im Bundestag sehr sachlich gewesen. Ausführlich hat Spanier dabei die Rechtslage in Sachen Nordumgehung dargestellt. „Wir haben einen gültigen Planfest-

stellungsbeschluss aus dem Januar 2007. Von uralter Planung kann also keine Rede sein.“ Und diese Planung könne nicht, so Spanier weiter, durch eine politische Entscheidung einfach verändert werden.

Man werde sehen müssen, was das Bundesverwaltungsgericht entscheide. „Wenn es die Klage abweist, hat die Planung Bestandskraft und bindet Land und Bund.“ Rechtlich möglich sei dann nur ein Planänderungsverfahren. „Das ist nur dann möglich, wenn neue Gesichtspunkte vorliegen, die nicht bereits im vorherigen Planfeststellungsverfahren behandelt wurden“, erklärte Spanier.

Fakt sei, dass der Lückenschluss für Bund und Land NRW vordringlich im Bundesverkehrswegeplan behandelt werde. Und das schon seit Jahren. „Er hat oberste Priorität.“